



# MÄRKTE am Morgen

Mittwoch, 6. März 2019

Seite 1

## Kurstabelle

	Kurs	+/-	+/- in %
Dax	11.617	24	0,21%
S&P 500	2.790	-3	-0,10%
Nikkei	21.726	-96	-0,44%
EUR/USD	1,130	-0,004	-0,34%
Euro Bund Future	165,55	-0,040	-0,02%
Eonia, %	-0,370	-0,002	
3M Euribor, %	-0,308	0,001	
10J EUR Swap, %	0,685	-0,004	
10J Bundesanleihen, %	0,160	0,002	
3M USD Libor, %	2,607	-0,001	
10J USD Swap, %	2,745	0,016	
10J US- Staatsanleihen, %	2,735	0,000	
Öl Brent USD/Barrel	65,57	-0,10	-0,15%
Gold USD/Feinunze	1.283,92	-2,82	-0,22%

## Fakten für den Tag

Im Laufe des Tages	---	Ökonomischer Ausblick der OECD für 2019
14:30 Uhr	USD	ADP-Beschäftigungszahl – (Feb. mittl. Erw. 190k, Vm. 213k)
14:30 Uhr	USD	Handelsbilanzsaldo Mrd. USD – (Dez., mittl. Erw. -57,9, Vm. -49,3)
16:00 Uhr	CAD	Leitzinsentscheidung – (mittl. Erw. 1,75%, bisher 1,75%)
20:00 Uhr	USD	Beige Book der Fed

Stand 04.03.2019, 17:00 Uhr,

Veränderungen im Vergleich zum Vortag

Quellen: Deutsche Bank, Bloomberg L.P.

Weitere Kurse unter <https://www.db-markets.com/>

## US-Schuldengrenze tritt wieder in Kraft

**EUR/USD (1,13)** Am vergangenen Samstag trat die US-Schuldengrenze wieder in Kraft, womit die Staatsschulden nun bei 22 Billionen US-Dollar gedeckelt sind. Nach Einschätzung der Deutschen Bank kann die US-Regierung unter Verwendung von Sondermaßnahmen noch bis Ende August handlungsfähig bleiben. Die Verabschiedung eines neuen Haushalts für 2020 würde bereits ausreichen, damit die Schuldengrenze wieder bis September 2020 ausgesetzt wird. Ob eine schnelle Einigung erzielt werden kann, erscheint jedoch zumindest fragwürdig, da die Uneinigkeit zwischen Demokraten und Republikanern über den Haushalt für 2019 gerade den längsten Regierungsstillstand in der Geschichte des Landes ausgelöst hatte. Doch nicht nur in Bezug auf die Schuldengrenze dürften die Nachwehen des Regierungsstillstands weiterhin zu spüren sein. Auch bei den momentanen Steuerrückzahlungen ist die Unsicherheit durch den Shutdown erhöht. Bisherige Daten deuten zwar auf einen Anstieg der durchschnittlichen Erstattung um 1,3 Prozent gegenüber 2018 hin. Durch Verzögerungen aufgrund des Shutdowns wurden jedoch auch fünf Prozent weniger Anträge als zur gleichen Zeit im Vorjahr bearbeitet, weshalb sich ein Vergleich schwierig gestaltet. Trotz positiver Entwicklung bei den Steuerrückzahlungen, die für eine Stärkung des Konsums sprechen, dürften die Unsicherheiten sowie die Sorgen um die Schuldengrenzen den Wechselkurs des Dollars gegen den Euro in seiner Seitwärtsbewegung halten. Dennoch konnte der gestern überraschend starke Anstieg des ISM-Dienstleistungsindex auf 59,6 Punkte den Dollar kurzfristig stärken und um 0,35 Prozent aufwerten lassen.

## Schwankungen beim Yen auf Viereinhalbjahrestief

**EUR/JPY (126,47)** Seit Jahresbeginn hat der japanische Yen gegen den Euro rund 0,7 Prozent an Wert verloren, die Entwicklung beim Wechselkurs kann daher durchaus als ruhig bezeichnet werden. Die realisierten Schwankungen sind entsprechend gesunken und auch über die nächsten sechs Monate erwartet der Markt momentan keine große Aufregung. Die durch Terminkontrakte implizierten Schwankungen fielen gestern auf den niedrigsten Wert seit 2014. Die Ruhe könnte allerdings trügerisch sein. Japanische Investoren haben seit Jahresbeginn nämlich rund 3,5 Billionen Yen (28 Milliarden Euro) in ausländische Anleihen investiert. Wesentlich mehr als die 400 Milliarden Yen, die für diesen Zeitraum im langjährigen Durchschnitt üblich wären. Gleichzeitig gibt es Hinweise, dass diese Investitionen immer seltener währungs gesichert getätigt werden, wodurch die japanischen Investoren einem Wechselkursrisiko ausgesetzt sind. Steigen die Schwankungen beim Yen an, könnte dies zu Repatriierungen durch nervöse Anleger führen, wodurch der Yen aufwerten könnte. Dies wiederum würde die Schwankungen steigen lassen, es könnte zu einem sich selbst verstärkenden Kreislauf kommen.

Weiterhin ruhige Märkte sprechen für einen schwachen Yen. Mit der Ruhe kann es aber auch schnell vorbei sein.

## Kaum Gründe für steigende Zinsen in Kanada

**EUR/CAD (1,5082)** China erhöht in der Huawei-Affäre den außenpolitischen Druck auf Kanada. Aber auch innenpolitisch steht Premierminister Trudeau im Zusammenhang mit Schmiergeldzahlungen eines Baukonzerns im Wahljahr 2019 zusehends in der Kritik. Dies führte bereits zu Rücktritten innerhalb der Regierung. Das schwache jährliche Wachstum im Schlussquartal 2018 von 0,4 Prozent, ein nachlassender Wohnungsbau und ein zuletzt enttäuschendes Verbrauchervertrauen sorgen dabei kaum für bessere Stimmung. Es gibt aber auch positive Daten. Die Konsumenten bewerten die Lage am Arbeitsmarkt so gut wie zuletzt 2011 und gestiegene Autoverkäufe seit Jahresbeginn sorgen für weitere Zuversicht bei den Konsumdaten. Auch zeichnet sich im April wieder eine höhere Ölproduktion ab. Schätzungen zufolge sorgte die letztes Jahr gekürzte Ölproduktion in Alberta für eine Wachstumsbelastung von rund 0,8 Prozent. Für die heutige geldpolitische Sitzung der Bank of Canada wird mit einem unveränderten Leitzins gerechnet. Zwar wird die BoC weiterhin ihre Bereitschaft für eine baldige Zinserhöhung betonen, diese jedoch von der weiteren ökonomischen Entwicklung abhängig machen. Die schwächere Konjunkturdynamik ließ den Loonie, nach zunächst starkem Beginn, seit Februar um 0,6 Prozent gegen den Euro abwerten. Diese Schwäche wird wohl bis auf Weiteres anhalten.

## Sinkende Inflation in der Türkei

**EUR/TRY (6,092)** Die türkische Inflation ging im Februar stärker als erwartet auf 19,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurück und erreicht damit ein Sechsmonatstief. Den größten Effekt hatte der Rückgang der Preissteigerung bei Nahrungsmitteln. Umstritten ist, inwieweit sich dies auf von der Regierung ergriffene Maßnahmen zurückführen lässt. Zuletzt hatte die türkische Regierung Nahrungsmittel direkt bei den Produzenten bezogen, um sie dann zu vergünstigten Konditionen an die Endverbraucher weiterzuverkaufen. Zudem wurden Händlern Bußgelder angedroht, wenn sie ihre Produkte zu teuer verkaufen. Die rückläufige Inflation verschafft der Zentralbank zwar etwas Luft, der Fokus lag zuletzt aber klar auf einer stabilen Währung. Für die heutige Sitzung der Währungshüter wird daher nicht mit einer Absenkung des derzeitigen Leitzinses in Höhe von 24 Prozent gerechnet. Die Lira hat seit Anfang Februar gegenüber dem Euro 2,8 Prozent verloren und gehört damit zu einer der schwächsten Schwellenlandwährungen in diesem Zeitraum. Vor den Regionalwahlen, die in vier Wochen anstehen, werden Regierung und Zentralbank versuchen, die Währung zu stabilisieren. Die gestrige Drohung Donald Trumps, der Türkei den Sonderstatus als Entwicklungsland und den damit verbundenen zollfreien Export in die USA abzuerkennen, kam da natürlich ungelegen.

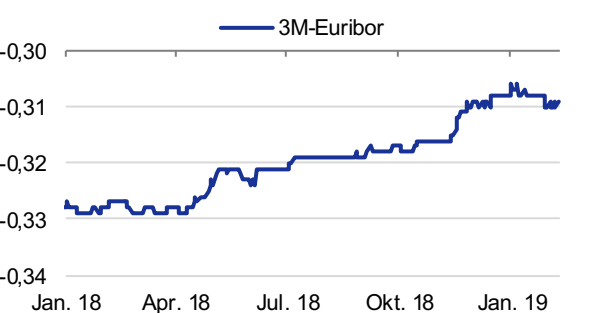
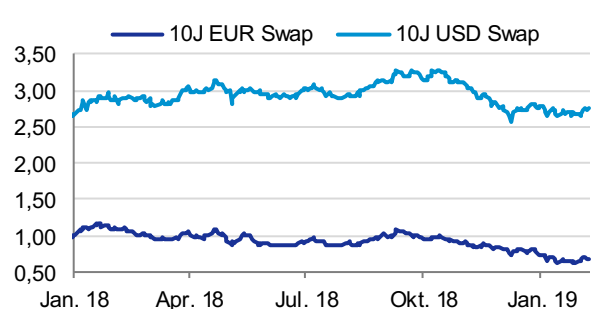
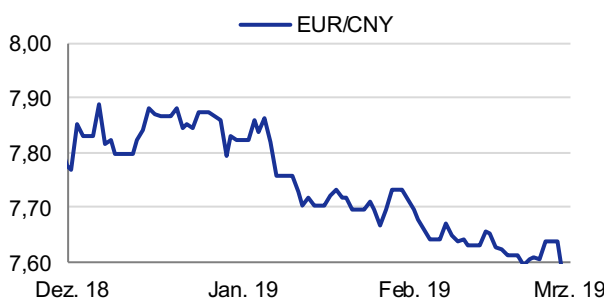
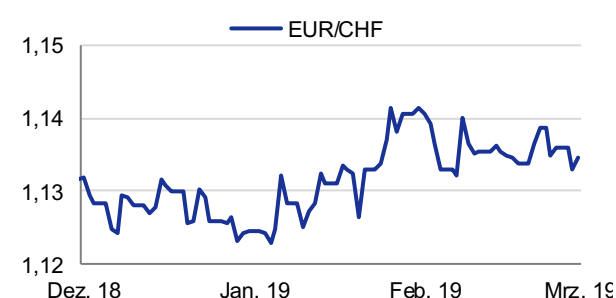
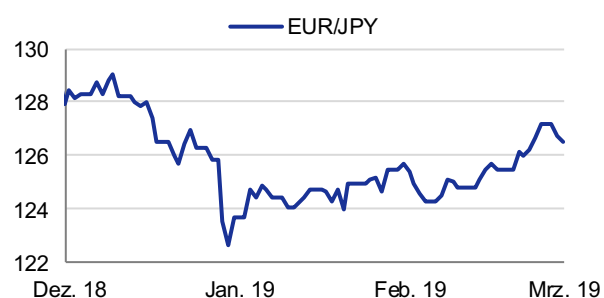
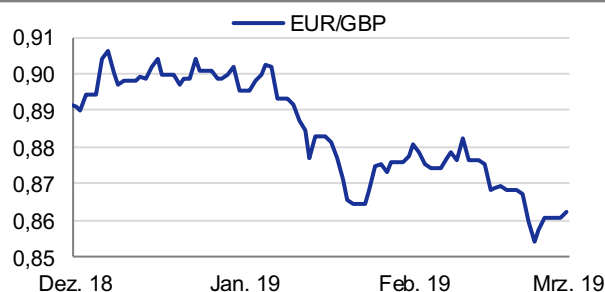
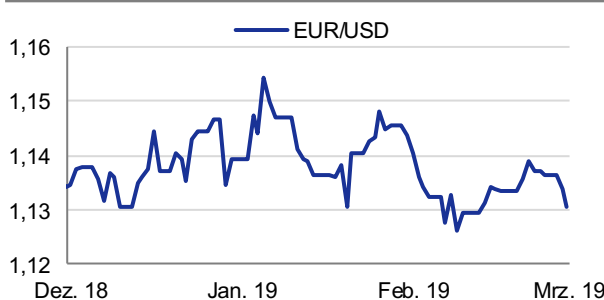


# MÄRKTE am Morgen

Mittwoch, 6. März 2019

Seite 2

## Wechselkurs- und Zinsgrafiken



	Aktuell	+/-	Prognose Ende 2019
EUR/USD	1,130	-0,34%	1,15
EUR/GBP	0,862	0,17%	0,84
EUR/CHF	1,134	0,13%	1,15
EUR/JPY	126,510	-0,17%	115
EUR/CNY	7,575	-0,20%	8,05
3M-Euribor	-0,308	0,001	-0,30%
10J EUR Swap	0,685	-0,004	0,90%
10J Bundesanleihe	0,160	0,002	0,40%
Leitzins EZB	0,00		0,00%

Veränderungen im Vergleich zum Vortag

Quellen für Tabelle und Charts: Deutsche Bank, Bloomberg L.P. (Stand 04.03.2019, 17:00 Uhr)

Soweit in diesem Newsletter von Deutsche Bank die Rede ist, bezieht sich dies auf die Angebote der Deutsche Bank AG und der DB Privat- und Firmenkundenbank AG. Wir weisen darauf hin, dass die in dieser Publikation enthaltenen Angaben keine Anlageberatung darstellen, sondern ausschließlich der Information dienen.

Aus der Wertentwicklung in der Vergangenheit kann nicht auf zukünftige Erträge geschlossen werden.

**HINWEIS: Bei diesen Informationen handelt es sich um Werbung.** Die Texte sind nicht nach den Vorschriften zur Förderung der Unabhängigkeit von Finanzanalysen erstellt. Es besteht kein Verbot für den Ersteller oder für das für die Erstellung verantwortliche Unternehmen, vor bzw. nach Veröffentlichung dieser Unterlagen mit den entsprechenden Finanzinstrumenten zu handeln.

Die Deutsche Bank AG unterliegt der Aufsicht der Europäischen Zentralbank und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

© Deutsche Bank AG 2019